

N i e d e r s c h r i f t

**der öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des
Jugendhilfeausschusses am 04.04.2013**

öffentlich

Ort: Stadthaus,
Kleiner Saal
Marktplatz 2
06108 Halle (Saale)

Zeit: 16:00 Uhr bis 17.55 Uhr

Anwesenheit: siehe Teilnehmerverzeichnis

Anwesend sind:

Vorsitzende:

Frau Hanna Haupt	SPD
Herr Klaus Hopfgarten	SPD
Herr A. Schachtschneider	CDU
Frau Ute Haupt	DIE LINKE
Herr René Trömel	DIE LINKE.
Herr Klaus Adam	FDP
Frau Sabine Wolff	NEUES FORUM
Frau Dr. Inés Brock	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

stimmberechtigte Mitglieder (Freie Träger)

Herr Uwe Kramer
Frau Helga Schubert
Herr Leonhard Dölle
Herr C. Starke i.V.
Frau Kerstin Masur
Frau Sylvia Plättner

Beratende Mitglieder

Herr KR Ralf Berger	Polizei Halle
Frau Renate Leonhard	Katholisches Propsteipfarramt
Herr Rene Moses	Humanist. RV
Herr Dr. Hendrik Kluge	Evang.Kirchen- kreis
Frau Katharina Brederlow	amt.FB-Leiterin
Herr Tobias Kogge	Beigeordneter
Frau Ilona Hackel	Arbeitsagentur
Frau Schneutzer	Beauftragte für Migration und Integration
Herr Petrick	Kinder- und Jugendbeauftragter
Frau Carola Messerschmidt	LVA, Abt. Schule und Kultur
Frau Rohmer i.V.	Jobcenter Halle

Entschuldigt fehlen:

Frau Heike Wießner	CDU
Frau Katja Raab	FDP

Stimmberechtigte Mitglieder (Freie Träger)

Frau Antje Klotsch
Frau Beate Gellert

Beratende Mitglieder

Frau Anja Pohl	Stadtelternbeirat
----------------	-------------------

Frau Susanne Wildner Gleichstellungs-
beauftragte

Frau Carmen Wiebach Jobcenter
Herr Richter Bruno Glomski Amtsgericht
Herr Kevin Klose Kinder- und
Jugendrat

Frau Tatjana Privorozkaja Jüdische
Gemeinde

zu Kinder- und Jugendsprechstunde

Frau Hanna Haupt, Vorsitzende, SPD-Fraktion, eröffnete die Kinder- und Jugendsprechstunde.

Da keine Kinder und Jugendlichen erschienen waren, wurde die Sprechstunde sofort wieder beendet.

zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit

Frau Hanna Haupt, Vorsitzende, SPD-Fraktion, eröffnete die Sitzung und stellte die ordnungsgemäße Einladung und Beschlussfähigkeit fest.

zu 2 Feststellung der Tagesordnung

Frau Hanna Haupt, Vorsitzende, SPD-Fraktion, sprach zur Tagesordnung an, dass TOP 5 Vorstellung des Trägers Hühnermanhattan-Kultur e.V. von der Tagesordnung abgesetzt wird.

Zum TOP 7.1 wurde heute der um Punkt 4 geänderte Antrag vorgelegt.

Zum TOP 7.2. liegt die Stellungnahme der Verwaltung den Mitgliedern vor.

Frau Hanna Haupt, Vorsitzende, SPD-Fraktion, fragte an, ob es außer der Änderung zur Streichung TOP 5 weitere Änderungswünsche gibt. Da dies nicht der Fall war, wurde die geänderte Tagesordnung bestätigt.

. Kinder- und Jugendsprechstunde

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit
2. Feststellung der Tagesordnung

3. Genehmigung der Niederschrift vom 07.02.2013
4. Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse
TOP 5 abgesetzt
6. Beschlussvorlagen
7. Anträge von Fraktionen und Stadträten
- 7.1. Antrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM zur strategischen Sozialplanung
Vorlage: V/2013/11368
- 7.2. Antrag Frau Gellert, stimmberechtigtes Mitglied (Freie Träger) im Jugendhilfeausschuss auf zeitnahe Bescheidung - bis spätestens 31.12. des Antragjahres
Vorlage: V/2013/11414
- 7.3. Antrag der Fraktion DIE LINKE. und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Umsetzung der Handlungsempfehlungen der Familienberichterstattung – Teilbericht Kinderarmut
Vorlage: V/2013/11473
8. schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten
9. Mitteilungen
- 9.1. Bericht zum Stand Schulsozialarbeit
10. Themenspeicher
11. Beantwortung von mündlichen Anfragen
12. Anregungen

zu 3 Genehmigung der Niederschrift vom 07.02.2013

Die Niederschrift vom 07.02.2013 wurde ohne Änderungen genehmigt.

zu 4 Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse

Frau Hanna Haupt, Vorsitzende, SPD-Fraktion, teilte mit, dass es in der nicht öffentlichen Sitzung vom 07.03.2013 keine Beschlüsse gab.

TOP 5 von Tagesordnung abgesetzt

zu 6 **Beschlussvorlagen**

Es lagen keine Beschlussvorlagen vor.

zu 7 **Anträge von Fraktionen und Stadträten**

zu 7.1 **Antrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM zur strategischen Sozialplanung** **Vorlage: V/2013/11368**

Frau Wolff, MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM, sprach an, dass ihre Fraktion den im Sozial-, Gesundheits- und Gleichstellungsausschuss (SGGA) gestellten Änderungsantrag der CDU-Fraktion übernommen hat und dies jetzt der Beschlusspunkt 4 im vorliegenden Antrag ihrer Fraktion ist. Der Antrag wurde gestellt, weil Ausgaben steigen und alte Prozesse nicht gut evaluiert sind. Sie verwies bei ihren Ausführungen auf das Handbuch zur Sozialplanung, in welchem im Kapitel 2 dargestellt wird, was moderne Stadtplanung sein kann.

Frau Brederlow, Beratendes Mitglied (Fachbereichsleiterin FB Bildung), sprach an, dass sie den Antrag gut findet, auch weil es zu koordinierende Datenlagen in den verschiedenen Bereichen gibt. Es wurden im Antrag verschiedene Schwerpunkte aufgestellt. Für schwierig hält sie den 1. Beschlussvorschlag, dass die Konzeption bis zur Aufstellung des Haushaltes vorliegen soll. Der Haushalt 2014 wird im nächsten Monat bereits aufgestellt, diese Zeitspanne ist zu kurz, um eine Konzeption vorzulegen. Hier wäre der Zeitplan zu überdenken.

Frau Wolff, MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM, sprach an, dass irgendwann angefangen werden muss, dafür wird die Möglichkeit gesehen, bereits in der Doppik mit einzelnen Produkten anzufangen.

Frau Fritzsche, Sozialplanerin, fand den Antrag gut. Wenn an dem Zeitraum festgehalten wird, kann sie jetzt nur vorschlagen, dass durch die Sozialplanungsgruppe geschaut wird, was möglich ist, in einem Monat vorlegen zu können und dies grob vorzustellen.

Frau Wolff, MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM, würde diesem Vorschlag von Frau Fritzsche folgen.

Frau Dr. Brock, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, sprach an, dass sie das Anliegen des Antrages gut findet. Allerdings findet sie es schwierig, einen Beschluss zur Vorlage der Konzeption für 2014 herbei zu führen, wenn bereits in einem Monat schon der Haushalt aufgestellt wird. Dann würde sie 2015 für realistischer halten.

Frau Brederlow, Beratendes Mitglied (Fachbereichsleiterin FB Bildung), sprach an, dass sie das Angebot von Frau Fritzsche gut findet, dass mit der Koordinierung über die Sozialplanung begonnen und geschaut wird, was hier bereits da ist und im Groben in 1 Monat vorgelegt werden könnte. Sie hat Frau Wolff jetzt so verstanden, dass dies dann fortgeschrieben werden kann.

Frau Wolff, MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM, sprach an, dass im Jahr 2014 begonnen werden soll und es dann regelmäßige Berichte geben soll.

Hinweis von Frau Plättner, stimmberechtigtes Mitglied (Freie Träger), dass es in der Beratungsstellenlandschaft in Sachsen-Anhalt eine Diskussion zu einem neuen Gesetzentwurf gibt, da ist auch eine Sozialplanung erforderlich, um Mittel entsprechend verteilen zu können.

Anfrage Frau Dr. Brock, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, zum Vorschlag im Antrag, dass auch die Bürgerinnen und Bürger der Stadt bei der Erstellung der Konzeption einbezogen werden sollen. In welcher Form soll dies erfolgen?

Antwort Frau Wolff, MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM, dass die Bürgerinnen und Bürger der Stadt zum Haushalt der Stadt Vorschläge einbringen können. In der Sozialplanung sollen möglichst alle Akteure beteiligt werden. Die Haushaltsaufstellung soll auch hier bürgernah erfolgen und da kann das mit einfließen. Viele Bürger der Stadt sind auch in Vereinen und Verbänden tätig und beteiligen sich hier bereits. Es soll keine extra Arbeitsgruppe gegründet werden, das wird in den einzelnen Sozialräumen dann schon laufen. In Halle gibt es bereits viele Gruppen, wo vieles schon sehr gut läuft.

Frau Fritzsche, Sozialplanerin, sprach an, dass sie sich eine Bürgerbeteiligung in einigen Bereichen, bspw. bei der Spielplatzplanung vorstellen kann, bei der Jugendhilfe eher nicht.

Frau Hanna Haupt, Vorsitzende, SPD-Fraktion, sprach an, dass die Antragstellerin angeboten hat, dies als Prozess anzusehen, mit welchem 2014 begonnen und welcher dann fortgesetzt wird.

Frau Wolff, MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM, bestätigte ihre Aussage und sprach an, dass dies entsprechend protokollarisch erfasst wurde und dies damit auch verbindlich ist.

Es gab keine weiteren Anfragen.

Frau Hanna Haupt, Vorsitzende, SPD-Fraktion, rief zur Abstimmung auf.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt (1 Enthaltung)

Geänderter Beschlussvorschlag:

1. Die Stadtverwaltung wird beauftragt eine Konzeption zur strategischen Sozialplanung dem Stadtrat zur Beschlussfassung bis zur Aufstellung des doppelten Haushalts 2014 vorzulegen. Die Konzeption soll die ganzheitliche Betrachtung sozialstruktureller Belange umfassen und neben der Evaluation der Bestandsdaten einen Maßnahmenkatalog mit Handlungsempfehlungen enthalten sowie die Zielperspektive darstellen.
2. Die Erstellung der Konzeption soll unter Mitwirkung aller Dezernate, Vertretern des Stadtrates, Vereine und Verbände sowie der Bürger und Bürgerinnen der Stadt Halle (Saale) erfolgen.
3. Ziele und Handlungsempfehlungen werden regelmäßig fortgeschrieben.
4. **Die Ziele und Handlungsempfehlungen werden als Grundlage für eine bedarfsorientierte Vergabe von Fördermitteln für Träger und Projekte der sozialen Arbeit herangezogen.**

zu 7.2 Antrag Frau Gellert, stimmberechtigtes Mitglied (Freie Träger) im Jugendhilfeausschuss auf zeitnahe Bescheidung - bis spätestens 31.12. des Antragjahres
Vorlage: V/2013/11414

Frau Hanna Haupt, Vorsitzende, SPD-Fraktion, sprach an, dass die Antragstellerin heute entschuldigt in der Sitzung fehlt. Gibt es hierzu Mitglieder, welche sich hierzu äußern möchte bzw. ist der Stellvertreter von Frau Gellert anwesend, welcher evtl. hierzu Aussagen treffen kann.

Herr Starke, stellvertretendes Mitglied (Freie Träger), sprach an, dass er nicht beauftragt worden ist, hierzu etwas vorzutragen. Da er nicht im Kita-Bereich tätig ist, kann er sich hierzu auch nicht äußern. Er geht davon aus, dass durch anwesende Mitglieder aus dem Kita-Bereich hierzu etwas gesagt werden kann.

Frau Plättner, stimmberechtigtes Mitglied (Freie Träger), sprach an, dass eine Bescheidung für die freien Träger von Kitas wichtig wäre. Allerdings räumte sie ein, dass der von der Antragstellerin fixierte Termin „bis spätestens 31.12.“ als schwierig angesehen wird. Die Anträge können durch die Träger bis zum 31.12. gestellt werden. Auf Grund des Antragprozederes ist es unrealistisch, die Bescheide bis spätestens 31.12. des Antragjahres zu verlangen. Für die Träger ist es sehr wichtig, dass sie zumindest einen vorläufigen Bescheid erhalten, dann kann hierzu auch das Klageverfahren eingeleitet werden.

Frau Schöps, Abteilungsleiterin FB Bildung, sprach an, dass es zwischen Verwaltung und Trägern die Einigung auf den Abgabetermin 31.12. gegeben hat. Bisher wurde die Rechtsbehelfsbelehrung weggelassen, was für die freien Träger bedeutet, dass sie ein Jahr Zeit hätten zum Klagen.

Frau Plättner, stimmberechtigtes Mitglied (Freie Träger), sprach an, dass vorläufige Bescheide mit Rechtsbehelfsbelehrung für die Träger wichtig sind, damit eher geklagt werden kann. Strittige Sachen könnten hier raus gelassen werden.

Frau Schöps, Abteilungsleiterin FB Bildung, antwortete, dass einheitlich verfahren werden muss. Bisher wurde die Rechtsbehelfsbelehrung weggelassen, damit die Träger mehr Zeit als die 4 Wochen haben.

Frau Brederlow, Beratendes Mitglied (Fachbereichsleiterin FB Bildung), sprach an, dass die Verfahrensweise für eine Bescheiderteilung auch nur für das Jahr 2014 gelten könnte, da es ab dem Jahr 2015 eine Leistungs- und Entgeltvereinbarung mit den Trägern gibt. Sie weist darauf hin, dass im Fall von Bescheiden Änderungen kaum noch möglich sind, das erschwert vieles für die Träger. Die Herangehensweise von Frau Plättner kann sie nachvollziehen.

Herr Kogge, Beratendes Mitglied (Beigeordneter für Bildung und Soziales), sprach an, dass Auseinandersetzungsgründe nicht Bestandteil der Bescheide sind. Die Frage der Abschreibungen ist nicht die Frage der Stadt sondern des Landes Sachsen-Anhalt. Wenn das Ziel wäre, die Abschreibungen über diesen Weg klären zu wollen, wäre dies nicht der richtige Weg. Es muss die Frage gestellt werden, ist es das, was sie vom Bescheid erwarten und wirklich das, was sie erwarten können?

Frau Schöps, Abteilungsleiterin FB Bildung, sprach an, dass die Sicherung der Finanzierung doch im Gesetz enthalten ist, dies war in der alten als auch in der neuen Fassung, hier jetzt im § 12 KiFöG, drin.

Frau Wolff, MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM, die Antwort der Verwaltung, dass eine Bescheiderteilung vor dem beschlossenen Haushalt nicht erfolgen kann, hält sie für unzulässig. Es gibt vorläufige Bescheide. Im Bericht des Landesrechnungshofes wurde dies auch bemängelt, dass dies nicht erfolgt ist. Im Gesetz des Landes ist dies enthalten. In Magdeburg ist dies doch auch geregelt und es gibt hier Auszahlungen. Es ist unverständlich, wieso keine Bescheide ausgestellt werden. Unklar, wieso die Verwaltung zum Antrag eine Ablehnung vorschlägt.

Frau Schöps, Abteilungsleiterin FB Bildung, sprach an, dass dies nicht von einem genehmigten Haushalt abhängig ist. Die vorläufigen Bescheide wurden doch erteilt, nur dass hier keine Rechtsbehelfsbelehrung drin steht, so dass Träger hier ein Jahr Zeit haben, den Klageweg zu beschreiten. Bei Rechtsbehelfsbelehrungen hat der Träger 4 Wochen Zeit in Widerspruch zu gehen bzw. klagen zu können. Die bisherige Lösung war für die Träger die bessere Variante. Der Betrieb von Kindertageseinrichtungen ist doch geregelt per Gesetz.

Frau Wolff, MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM, fragte an, wann es die Vereinbarungen mit den Trägern geben soll?

Antwort Frau Schöps, Abteilungsleiterin FB Bildung, dass dies per Gesetz geregelt ist und ab 01.01.2015 greift.

Herr Schachtschneider, CDU-Fraktion, sprach an, dass Frau Gellert als Antragstellerin heute in der Sitzung nicht anwesend ist. Es kann jetzt im Antrag nicht das Datum verändert werden. Er hat gehört, dass es Probleme mit den vorläufigen Bescheiden gibt. Ab 2015 gibt es die Leistungsvereinbarung mit den Trägern, jetzt ist die Situation noch eine Andere. Haben denn alle Träger von Kitas vorläufige Bescheide erhalten?

Antwort Frau Schöps, Abteilungsleiterin FB Bildung, erläuterte das jetzige Verfahren dazu. Der Träger stellt einen Finanzierungsantrag, welcher von der Verwaltung geprüft und dann an den Träger zurück geschickt wird. Es steht keine Rechtsbehelfsbelehrung bei der Rücksendung drin. Gibt es bei dem Träger bspw. durch geänderte Kinderzahlen etc. Änderungen im Antrag, dann kann er dies gleich der Verwaltung wieder mitteilen und dann kann dies die Verwaltung gleich entsprechend wieder ändern und zurück schicken. Entsprechend der Richtlinie wird der Antrag geprüft. Wenn ein Bescheid mit einer Rechtsbehelfsbelehrung erfolgt, dann hat der Träger nur 4 Wochen Zeit um darauf reagieren zu können, bspw. mit einer Klage. Der bisherige Weg wurde als der praktikablere angesehen. Jetzt geht es um die Antragstellungen 2014, die jetzt eingehen.

Anfrage Frau Dr. Brock, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, an die Träger, was für diese die substantielle Änderung ist, die sich durch den Antrag ändern?

Frau Hanna Haupt, Vorsitzende, SPD-Fraktion, wies darauf hin, dass die Antragstellerin heute nicht anwesend ist und es deshalb schwierig ist, über den Antrag bzw. evtl. Änderungen hierzu sprechen zu können. Dazu kann nur die Antragstellerin sich äußern.

Herr Starke, stellv. Mitglied (Freie Träger), schlägt vor, aus diesem Grund den Antrag zurück zu stellen und auf die nächste Sitzung zu verschieben.

Frau Plättner, stimmberechtigtes Mitglied (Freie Träger), wies darauf hin, dass es vor dem finanziellen Risiko der Träger auch ein wirtschaftliches Risiko für diese ist, wenn kein Bescheid vorliegt. Die freien Träger wurden aufgefordert, bis zum 31.10. des laufenden Jahres ihre Anträge nochmals überarbeiten. Wenn es im letzten Monat des laufenden Jahres einen Bescheid gibt, ist dies nicht günstig. Es muss mit Frau Gellert besprochen werden, da diese die Antragstellerin ist. Sie ist auch für eine Vertagung des Antrages.

Frau Brederlow, Beratendes Mitglied (Fachbereichsleiterin FB Bildung), wies darauf hin, dass der Hinweis zur Unzulässigkeit des Antrages von Frau Gellert vom Rechnungsprüfungshof kam. Heute liegt die Stellungnahme vor, welche auch mit dem Rechtsamt abgestimmt worden ist. Die Vertagung des Antrages auf Grund des Fehlens der Antragstellerin hält sie auch für sinnvoll.

Herr Kogge, Beratendes Mitglied (Beigeordneter für Bildung und Soziales), sprach an, dass Träger, wenn sie Bescheid bekommen mit Rechtsbehelfsbelehrung Widerspruchsrecht haben. Bisher gab es Widersprüche hauptsächlich im Zusammenhang mit Abschreibungen oder Eigenanteil. Diese Widersprüche erfüllt der Bescheid nicht. Hier wird die Rechtssicherheit immer offen bleiben. Das kann nur erreicht werden, wenn das Land Sachsen-Anhalt sich zu den Abschreibungen äußert.

Frau Hanna Haupt, Vorsitzende, SPD-Fraktion, erklärte abschließend, dass der Antrag von Frau Gellert zurück gestellt/vertagt wird.

Abstimmungsergebnis:

Vertagt

Beschlussvorschlag:

Der Jugendhilfeausschuss beschließt, dass der zuständige Fachbereich beauftragt wird, die Anträge auf Gewährung von Zuschüssen zum laufenden Betrieb von Kindertageseinrichtungen in freier Trägerschaft (Fehlbedarfsfinanzierung) bis spätestens 31. Dezember des Antragjahres zu bescheiden.

**zu 7.3 Antrag der Fraktion DIE LINKE. und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Umsetzung der Handlungsempfehlungen der Familienberichterstattung – Teilbericht Kinderarmut
Vorlage: V/2013/11473**

Frau Ute Haupt, Fraktion DIE LINKE., als Vertreterin einer der antragstellenden Fraktionen, sprach an, dass der Kinderarmutsbericht gut und die Verwaltung dafür auch gelobt worden ist. Einen Maßnahmenplan zu beschließen ist wichtig. Kommune kann zusammen mit Anderen hier etwas bewegen. Verschiedene Möglichkeiten müssen zusammen geführt werden, es soll hierfür nicht mehr Geld ausgegeben werden. Es sollen Schwerpunkte gesetzt werden, bspw. Unterstützung der Eltern; soziale Umwelt (Lebensraum). Von der Verwaltung wird in der Stellungnahme vorgeschlagen, dass die Zwischenevaluation nach anderthalb Jahren stattfinden sollte. Dem könnte sie so folgen.

Frau Dr. Brock, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, als Vertreterin der anderen antragstellenden Fraktion, ergänzte, dass Hauptanliegen des Antrages ist, dass konkrete Maßnahmen beschlossen werden. Es soll hier vom Empfehlungscharakter weggekommen werden. Dem Vorschlag der Verwaltung die Zeit der Zwischenevaluation auf anderthalb Jahre zu setzen, kann sie ebenfalls folgen.

Herr Kogge, Beratendes Mitglied (Beigeordneter für Bildung und Soziales), sprach an, dass der Armutsbericht ein Teilbericht ist. Diesem folgt der Bildungsbericht, welcher auch noch dieses Jahr kommen soll. Im Bereich muss eine Bündelung dazu erfolgen. Schwerpunkte müssen vorgegeben werden. Die Verwaltung würde ein Vorschlagsblatt mit Schwerpunkten bringen und dann kann geschaut werden, ob das so gewollt ist.

Frau Hanna Haupt, Vorsitzende, SPD-Fraktion, sprach an, dass von den Antragstellern dem Vorschlag der Verwaltung auf eine Zwischenevaluation aller anderthalb Jahre gefolgt wird. So dass dieser Termin im 2. Beschlussvorschlag geändert werden muss.

Frau Wolff, MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM, sprach an, dass ihre Fraktion dem Antrag zustimmen wird. Was heißt es, jetzt einen Maßnahmenkatalog vorzulegen, haben wir mit dem doppischen Haushalt nicht schon eine Handlungsmaxime?

Frau Dr. Brock, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, antwortete, dass im Beschlussvorschlag 1 steht, dass bis zum III. Quartal 2013 ein Maßnahmenplan vorzulegen ist. Dabei würde sie auch bleiben wollen. Wenn dies im Stadtrat so beschlossen wird, dann kann geschaut werden, was gebracht werden soll.

Frau Fritzsche, Sozialplanerin, sprach an, dass der Plan ist, Handlungsempfehlungen vorzunehmen und diese zu konkretisieren. Teilweise kann jetzt schon geschaut werden, was machbar ist, das wird zusammen gefasst und vorgestellt.

Frau Brederlow, Beratendes Mitglied (Fachbereichsleiterin FB Bildung), stellte für die Jugendhilfe klar, dass kein Maßnahmenplan gemacht wird, da es hier die Jugendhilfeplanung gibt. Im Unterausschuss Jugendhilfeplanung können die Berichte im Rahmen der Jugendhilfeplanung erfolgen. Jugendhilfe ist ein gesetzlicher Auftrag. Im Bildungsausschuss ist die Situation etwas komplizierter, dieser Antrag wird in einigen Tagen dann dort diskutiert.

Frau Fritzsche, Sozialplanerin, sprach an, dass nach der Zeitschiene gegangen werden soll. Sie findet es sinnvoll, dass nach anderthalb Jahren eine Zwischenevaluation laufen soll. Jetzt können bereits Dinge angeschaut und zusammen gefasst werden, die bereits vorliegen. Eine Schwerpunktsetzung muss dann erfolgen.

Frau Hanna Haupt, Vorsitzende, SPD-Fraktion, rief den im Beschlusspunkt 2 geänderten Antrag zur Abstimmung auf.

Geänderter Beschlussvorschlag:

1. Die Stadtverwaltung wird beauftragt, bis zum III. Quartal 2013 auf der Grundlage der Handlungsempfehlungen der 2. Familienberichterstattung – Teilbericht Kinderarmut einen vom Stadtrat zu beschließenden Maßnahmenplan gegen Kinderarmut vorzulegen.
2. Über die Umsetzung der Maßnahmen wird ~~jährlich~~ **1 1/2jährlich** im Jugendhilfeausschuss und Sozial-, Gesundheits- und Gleichstellungsausschuss in Form eines Berichtes durch die Verwaltung informiert. Die Stadtverwaltung analysiert darin weiterhin die Wirksamkeit der Handlungsempfehlungen und die Qualität der Zusammenarbeit mit den verantwortlichen Akteuren.

zu 8 schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten

Es lagen keine schriftlichen Anfragen vor.

zu 9 Mitteilungen

Frau Hanna Haupt, Vorsitzende, SPD-Fraktion, fragte an, ob es öffentliche Mitteilungen gibt.

Herr KR Berger, Beratendes Mitglied (Polizei Halle), teilte mit, dass das Polizeirevier Halle, An der Fliederwegkaserne am 25. April 10 Uhr einen Tag der offenen Tür veranstaltet. Den Flyer dazu gibt er an Frau Rylke zur Verteilung an die Mitglieder weiter. Er lädt alle Interessenten dazu herzlich ein.

Frau Brederlow, Beratendes Mitglied (amtierende Fachbereichsleiterin FB Bildung), teilte mit, dass morgen der erste Termin mit den Trägern zur Umsetzung des Kinderförderungsgesetzes ist. In dem Zusammenhang weist sie auch darauf hin, dass es eine Anpassung der Satzung über den Besuch von Kindertageseinrichtungen und der Finanzierungsrichtlinie geben wird. Diese Anpassung soll in der Sondersitzung am 23.05. vorgelegt werden. Sie betonte, dass es sich hier nur um die Anpassung handelt. Angedacht ist, im Herbst die geänderte Satzung als auch die Gebührensatzung zur Beschlussfassung einzubringen.

zu 9.1 Bericht zum Stand Schulsozialarbeit

Herr Deckert, Teamleiter Jugendförderung und –planung, sprach an, dass zuerst der Bericht der Netzwerkstelle zum ESF-Programm „Schulerfolg Sichern!“ und dann der Bericht Schulsozialarbeit über Bildung und Teilhabe (BuT) gehalten wird.

Frau Heimbach und Frau Schlademann, Mitarbeiterinnen der Netzwerkstelle „Schulerfolg für (H)alle“ berichteten anhand einer Präsentation über das o.g. ESF Programm und verteilten Material dazu an die Mitglieder.

Schulsozialarbeit findet an 16 Schulen mit 17 SchulsozialarbeiterInnen statt. In Halle werden 25% aller SchülerInnen durch das ESF-Programm erreicht. Die Netzwerkstelle stellt eine gute Kooperation zwischen Schule und Jugendhilfe sicher und ist eine gute Vernetzungsstelle für alle Schulsozialarbeiter in der Stadt Halle (ESF und BuT). Es wurde über Ziele, Erfolge und Ausblicke berichtet.

Herr Deckert und Herr Gerstner, Fachbereich Bildung, berichteten anhand einer Präsentation über Schulsozialarbeit über Bildung und Teilhabe (BuT). Sie gaben einen Überblick über die klassische Schulsozialarbeit, die Umsetzung und Ergebnisse über BuT und die Herausforderungen dazu. Herr Deckert sprach an, dass Priorität nach 2013 eine Absicherung der bestehenden Angebote mit Schwerpunktsetzung bei folgenden Schularten hat:

- Sekundarschulen
- Gesamtschulen
- Berufsbildende Schulen
- Grundschulen mit besonderem Bedarf
- Förderschulen für Lernförderung/mit Ausgleichsklassen (auslaufend)

Er sprach an, dass zur Sicherstellung der langfristigen Wirksamkeit und Effizienz der Angebote unterstützende Strukturen notwendig sind. Das wären eine Fachstelle „Schulsozialarbeit“ im Fachbereich Bildung und die Installation eines Fachbeirates Jugendhilfe-Schule als Steuergremium.

(Hinweis: Die Präsentationen sind unter der Sitzung im Session hinterlegt)

Frau Hanna Haupt, Vorsitzende, SPD-Fraktion, gab die Gelegenheit für kurze Anfragen zu den Berichten.

Frau Dr. Brock, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, hinterfragte die von der Netzwerkstelle vorgetragenen Zahlen hinsichtlich der über das Programm erreichten Schülerzahlen.

Antwort Frau Heimbach, Netzwerkstelle, dass an den Schulen mit Schulsozialarbeit Projekte gemacht werden, wo alle Schüler einbezogen werden. Sie hat bspw. vorher an einer Förderschule gearbeitet, wo 173 Schüler waren. Sie kannte alle Schüler dort und hat mit Allen etwas gemacht.

Anfrage Frau Wolff, MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM, dass sie gehört hat, dass in den Grundschulen keine Schulsozialarbeit gemacht wird. Auch an den Gymnasien wird es Probleme geben, wieso sind diese nicht benannt worden?

Antwort Herr Deckert, FB Bildung, das Angebot für Schulsozialarbeit wurde den Schulen unterbreitet. Wenn keine Rückmeldung zum Angebot erfolgte, kann nicht reagiert werden. Finanzielle Aspekte müssen auch gesehen werden und es muss geschaut werden, wie die finanziellen Mittel bestmöglich eingesetzt werden können.

Anfrage Herr Kramer, stimmberechtigtes Mitglied (Freie Träger), zur vorgestellten Priorisierung nach 2013, welche als Vorschlag vorgestellt worden ist. Wird es hierzu einen Beschlussfassung geben und ab wann wird die Priorität nach 2013 festgeschrieben?

Herr Kogge, Beratendes Mitglied (Beigeordneter für Bildung und Soziales), sprach an, wenn gewollt ist, dass Schulsozialarbeit nach 2013 wie bisher weiter gehen soll, müssen Stadträte sich hierfür einsetzen und vorschlagen, wo diese Mittel im Haushalt eingestellt werden sollen. 2,34 Mio Euro Finanzvolumen sind für 2012/2013 über Bildung und Teilhabe eingestellt worden, es werden damit 31,88 Vollzeitstellen Schulsozialarbeit im Zeitraum 01.04.2012 bis 31.12.2013 gefördert. Wenn die Summe nach 2013 nicht da ist, muss nach einer Priorisierung für Schulsozialarbeit geschaut werden, um hier etwas zu schaffen. Resümee: viele Wünsche – wenig Geld. Viel gefordert – wenig da.

Frau Brederlow, Beratendes Mitglied (amtierende Fachbereichsleiterin FB Bildung), sprach Herrn Kramer in dessen Funktion als Vorsitzender des Unterausschusses (UA) Jugendhilfeplanung bezüglich seiner Anfrage an. Wer, wenn nicht der UA Jugendhilfeplanung. Sollte sich mit der Frage der Priorisierung beschäftigen. Wenn der Jugendhilfeausschuss eine Priorisierung besprochen haben möchte, kann er den UA damit beauftragen. Die Thematik war heute auch in ihrer Dienstberatung im Fachbereich Bildung diskutiert worden. Das Thema muss betrachtet werden und nach Prioritäten hierzu muss geschaut werden.

Herr Kramer, stimmberechtigtes Mitglied (Freie Träger), antwortete, dass die Berichte bereits im UA Jugendhilfeplanung vorab diskutiert worden sind. Hier wurde auch die Frage gestellt, wie damit weitergehend umzugehen ist. Er nimmt dies jetzt als Auftrag für den UA Jugendhilfeplanung mit und dort wird die Priorisierung nochmals angeschaut werden und dem Jugendhilfeausschuss wird dazu ein Vorschlag vorgelegt werden.

Anfrage Herr Dölle, stimmberechtigtes Mitglied (Freie Träger), zu den bildungsbezogenen Angeboten - wie viel Anträge von Schulen gab es?

Antwort: Es gab 9 Anträge dazu.

Herr Trömel, Fraktion DIE LINKE., findet eine Priorisierung gut. Er sprach an, dass Gymnasien es als schlechtes Image ansehen, wenn sie Schulsozialarbeit haben. Probleme wird es auch dort geben, es ist aber ein Problem die Gymnasien zu ermutigen, sich auch dazu zu bekennen und das Angebot von Schulsozialarbeit anzunehmen. Die Beschränkung auf sozial Benachteiligte, wie in den Berichten erwähnt, findet er nicht gut. Wo er tätig ist, gibt es sehr viele Transferleistungsempfänger. Die Problematik von Schulverweigerung, Schulumüdigkeit ist nicht nur bei sozial Benachteiligten sondern eher auf der anderen Ebene zu suchen. Bis 2020 soll über ESF Schulsozialarbeit finanziert werden. Danach müssen die Bedarfe hinsichtlich der Schwerpunktsetzung angesehen werden.

Antwort Herr Deckert, dass in den Berichten nicht nur von sozial Benachteiligten die Rede war. Die Frage ist aber, wenn es ein allgemeines Angebot an Schule sein soll, wer das finanzieren soll. Möglich ist alles, wenn es finanzierbar ist.

Frau Brederlow, Beratendes Mitglied (amtierende Fachbereichsleiterin FB Bildung) sprach an, dass Herr Trömel sicher auf die Ziele, die verfolgt werden sollen, hinweisen wollte. Der FB Bildung hat ein großes Aufgabenfeld, dem wir uns widmen müssen. Es muss ein Gesamtkonzept in der Jugendhilfe entwickelt werden, das ist eine große Aufgabe, die wir hier vorhaben.

Anfrage Frau Plättner, stimmberechtigtes Mitglied (Freie Träger), das gesagt wurde, dass ein Fachbeirat Jugendhilfe-Schule gegründet werden soll. Dieser muss einen konkreten Auftrag mit Zielen bekommen, damit auch etwas dabei raus kommt. Es muss schriftlich fixiert werden, was dort passieren soll.

Frau Hanna Haupt, Vorsitzende, SPD-Fraktion, dankte den Berichterstattem.

zu 10 Themenspeicher

Frau Hanna Haupt, Vorsitzende, SPD-Fraktion sprach an, dass der aktuelle Themenspeicher den Mitgliedern vorliegt. Gibt es hierzu Nachfragen?

Frau Dr. Brock, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, fragte an, wann mit dem Stand zum „Begrüßungspaket“ zu rechnen ist, darum hatte sie vor einiger Zeit gebeten.

Frau Brederlow, Beratendes Mitglied (amtierende Fachbereichsleiterin FB Bildung) teilte mit, dass die Berichterstattung hierzu für die Sitzung 05.09.2013 vorgesehen ist. Sie sagte zu, dass in der nächsten Sitzung kurz zum Stand informiert wird, der Bericht aber im September dann gehalten wird.

Anfrage Herr Dölle, stimmberechtigtes Mitglied (Freie Träger), wann mit der Bedarfs- und Entwicklungsplanung Kita zu rechnen ist, da dies nicht mehr auf dem Themenspeicher drauf ist.

Frau Brederlow, Beratendes Mitglied (Fachbereichsleiterin FB Bildung), sagte zu, dass sie hierzu mit Herrn Kogge Rücksprache nehmen wird, wann er die Vorlage freigibt.

zu 11 Beantwortung von mündlichen Anfragen

Anfrage Herr Hopfgarten, SPD-Fraktion, wo er die Unterlagen für das Ehrenamt der Jugendschöffen erhalten kann, um sich dazu informieren zu können.

Frau Brederlow, Beratendes Mitglied (Fachbereichsleiterin FB Bildung), sagte zu, dass über Herrn Werner die Unterlagen zugestellt werden. Auf der Homepage der Stadt bzw. des Fachbereiches steht Näheres dazu.

Anfrage Frau Wolff, MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM, warum Streetwork nicht mehr über ein eigenes Fahrzeug verfügt. Sie hatten über Sponsoring ein Fahrzeug vor längerer Zeit erhalten und müssen zukünftig einen Antrag zur Nutzung stellen. Streetwork muss in seinem Tätigkeitsfeld flexibel reagieren und da fehlt das Fahrzeug.

Antwort Frau Brederlow, Beratendes Mitglied (Fachbereichsleiterin FB Bildung), dass im Zuge der Optimierung des Fuhrparks der Stadt es Festlegungen zur Nutzung von Fahrzeugen gibt. Es gab für das Amt für Kinder, Jugend und Familie ein Fahrzeug zur Nutzung von sozialen Aufgaben. Es steht auch den Streetworkern zur Verfügung, es muss dazu eine Planung gemacht und entsprechend beantragt werden. Streetwork kann wie jeder andere Mitarbeiter der Stadt auf dem Dienstweg dies einreichen.

Frau Wolff, MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM, dass die Optimierung des Fuhrparks erfolgte, findet sie gut. Aber Streetwork hat doch oftmals unplanbare Dinge, da ist das schwierig, wenn kein Fahrzeug zur Verfügung steht.

Frau Brederlow, Beratendes Mitglied (Fachbereichsleiterin FB Bildung), antwortete, dass Streetwork wie der Name schon sagt, Straßensozialarbeit macht. Es gibt keine Ausnahmen, was eine alleinige Nutzung eines Fahrzeuges rechtfertigen würde. Das Fahrzeug steht nach wie vor zur Verfügung, unter Einhaltung der hierfür vorgesehenen Modalitäten.

Anfrage Frau Dr. Brock, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, ob sich die Stadt Halle bei der Initiative zu Spielplätzen, die über Fanta läuft, beworben hat? Bis zum 05.04.2013 kann die Bewerbung eingereicht werden.

Herr Petrick, Beratendes Mitglied (Kinder- und Jugendbeauftragter), antwortete, dass die Bewerbungsfrist hierzu auf den 17.04.2013 verlängert worden ist. Es gab mehrere Gespräche mit den Spielplatzpaten. Es gibt eine Interessenbekundung, tendenziell läuft es auf zwei Bewerbungen hinaus.

Anfrage Herr Kramer, stimmberechtigtes Mitglied (Freie Träger), wie der Stand zur Gründung der AG Kita ist?

Antwort Frau Brederlow, Beratendes Mitglied (Fachbereichsleiterin FB Bildung), dass es im Mai hierzu ein Gespräch mit der IG Kita geben soll. Es sollen Vertreter für die AG Kita benannt werden, da nicht alle Träger von Kita hier mitarbeiten können, das würde den Rahmen der Gruppe sprengen. Die Konzentration soll auf Trägervertreter erfolgen, die natürlich dann auch andere Träger hierbei mit vertreten.

Keine weiteren Anfragen.

zu 12 Anregungen

Es gab keine Anregungen.

Frau Hanna Haupt, Vorsitzende, SPD-Fraktion, beendete um 17.55 Uhr den öffentlichen Teil der Sitzung.

Tobias Kogge
Beigeordneter

Hanna Haupt
Ausschussvorsitzende

Uta Rylke
Protokollführer/in